

Große Anfrage der Fraktion der SPD

betr. Hilfe für Berlin.

Die Maßnahmen der Machthaber in der Sowjetzone zielen offensichtlich nicht nur auf die völlige Abschnürung Berlins von der sowjetischen Zone ab, sondern auch auf die Lähmung der Westberliner Wirtschaft. Wegen des vermeintlichen politischen Risikos ist bereits ein Zurückhalten von Aufträgen der westdeutschen Wirtschaft für Berlin zu verzeichnen. Dadurch droht die Arbeitslosigkeit in Berlin wieder erheblich anzusteigen. Die gefährvollen Auswirkungen einer solchen Entwicklung liegen auf der Hand.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was gedenkt sie zu tun, um einer solchen Entwicklung entgegen zu treten?
2. Ist sie bereit, alle Bundesbehörden anzuweisen und den Ländern zu empfehlen, daß in wesentlich vermehrtem Umfange Aufträge an die Berliner Wirtschaft gegeben werden?
3. Wird sie in Kürze dem Bundestag Vorschläge unterbreiten, in denen eine weitere finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für Berlin und die Verlegung weiterer Bundesbehörden nach Berlin vorgesehen ist?

Bonn, den 5. Juni 1952

Ollenhauer und Fraktion